



# #dieschmidt

der newsletter

07.05.2021

**Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

die Infektionszahlen sinken langsam, aber stetig und die Impfquote steigt. Wir sind auf einem guten Weg aus der Krise heraus. Und wir können auf einen Sommer hoffen, in dem vieles wieder möglich sein wird. Doppeltgeimpfte haben ein deutlich gesunkenes Risiko andere Menschen anzustecken. Deshalb können wir Beschränkungen für diejenigen, die bereits den vollen Impfschutz erhalten haben, aufheben. Gleichzeitig bleiben die AHA-Regeln, also das Abstandhalten und Maskentragen für alle weiterhin gleich. Für geimpfte Personen entfallen ab Sonntag aber Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen sowie die Testpflicht für Besuche von Frisörsalons oder ähnlichen Einrichtungen.

**Ganz besonders betroffen von der Pandemie sind Kinder und Jugendliche.** Durch die Schulschließungen fehlen nicht nur wichtige Lerninhalte, sondern auch die Treffen mit Gleichaltrigen und das gemeinsame Erleben. Manche Jahrgangsstufen waren seit Beginn der Pandemie nicht mehr in der Schule, weil sie älter als Fünft- und Sechstklässler, aber jünger als Abschlussklassen sind.

Ich freue mich sehr, dass das Bundeskabinett am Mittwoch unser Aufholpaket beschlossen hat. Damit sich der Lernrückstand und die sozialen Folgen der Pandemie nicht verstetigen, fördern wir Kinder und Jugendliche im Sommer und darüber hinaus mit Nachhilfeangeboten und Freizeitaktivitäten. Mit über 2 Milliarden Euro sorgen wir nicht nur dafür, dass die frühkindliche Bildung mit dem Ausbau von Sprach-Kitas gestärkt und Lernrückstände abgebaut werden. **Wir sorgen auch dafür, dass Kinder wieder gemeinsame Erlebnisse mit Gleichaltrigen haben können. Dafür werden wir Freizeitaktivitäten wie Ausflüge oder Sportangebote fördern.** Zusätzlich wird es einen Bonus von 100 Euro für jedes Kind, das Grundsicherung oder Kinderzuschlag erhält, geben. Denn auch wenn Lernrückstände aufgeholt werden müssen, das, was den Kindern am meisten fehlt, sind die sozialen Kontakte und das Spielen miteinander.

Die Bilder aus Hongkong aus den vergangenen Monaten haben uns alle tief berührt. Gestern habe ich dazu eine Rede im Bundestag gehalten. ([Hier geht es zu meiner Rede](#)) Ein Wochenende voller (digitaler) Parteiveranstaltungen steht vor der Tür. Bevor wir am Sonntag unseren Kanzlerkandidaten Olaf Scholz und unser Zukunftsprogramm für die Bundestagswahl 2021 beschließen, beraten wir am Samstag auf dem SPD-Unterbezirksparteitag über den Koalitionsvertrag im Lahn-Dill-Kreis. Ich freue mich sehr, dass es uns mit Cirsten Kunz und Wolfgang Schuster gelungen ist, eine Fortführung der bisherigen Koalition zu erreichen und einen Koalitionsvertrag mit starken sozialdemokratischen Inhalten vorzulegen. Das macht Mut für die kommende Zeit!

Mit solidarischen Grüßen  
Dagmar Schmidt, MdB



## Für mehr Mitbestimmung der Betriebsräte



Nur 9 Prozent aller betriebsratsfähigen Unternehmen haben auch einen Betriebsrat. Oft werden Betriebsratsgründungen blockiert oder erschwert. Doch für gute Arbeitsbedingungen brauchen wir starke Betriebsräte. Deshalb haben wir in dieser Woche in erster Lesung ein Gesetz beraten, das die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte stärkt und ihre Gründung erleichtert. Wir schützen Beschäftigte in Zukunft schon im Vorfeld der Betriebsratsgründung vor einer Kündigung. Und in Zukunft sind weniger Unterschriften für die Unterstützung von Wahlvorschlägen nötig. In Betrieben mit 21-100 Beschäftigten genügen nun schon zwei Unterschriften. Bei größeren Betrieben sind nur noch Unterschriften von fünf Prozent der Wahlberechtigten nötig, dabei reichen 50 Unterschriften aber immer aus. Wir motivieren dabei weitere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich für den Betriebsrat aufzustellen und stärken dadurch die betriebliche Mitbestimmung.

## Für ein starkes und faires Handwerk



Gemeinsam mit den Gewerkschaften haben wir im Zuge der Neufassung des Handwerksrechts die Tarifbindung in Handwerksbetrieben gestärkt, damit diese nicht mehr wie vorher deutlich unter dem Lohnniveau der Industrie liegen. Gewerkschaften werden zudem in Zukunft stärker in Prüfungsverfahren beteiligt. Im Handwerksrecht wird zwischen zulassungsfreien und zulassungspflichtigen Betrieben unterschieden. Zulassungspflichtige Betriebe, wie beispielsweise Maurer oder Zimmerer, sind verpflichtet mindestens eine Meisterin oder einen Meister vorzuweisen, um einen Betrieb betreiben zu dürfen. Dadurch sorgen wir für einen fairen Wettbewerb und ein starkes Handwerk.

## Für einen emissionsarmen und sicheren Straßenverkehr



Wir machen nicht das Auto schlecht, sondern die Alternativen stark. Ein Schlüssel dazu ist ein emissionsfreier ÖPNV. Mit dem in dieser Woche beschlossenen Gesetz verpflichten wir zum ersten Mal öffentliche Träger, wie beispielsweise Kommunen oder auch privatwirtschaftliche Unternehmen wie die Post- oder Paketdienste dazu, verstärkt emissionsarme oder -freie Fahrzeuge einzusetzen. Wir schreiben verpflichtende Mindestziele vor, die nicht nur für den Kauf von Fahrzeugen, sondern auch Leasing- oder Mietfahrzeuge gelten werden. Zudem haben wir in dieser Woche die Bundesregierung dazu aufgefordert das Projekt „Vision Zero“ weiter voranzutreiben. Mit diesem Projekt soll zum Beispiel durch den verpflichtenden Einsatz von Abbiegeassistenten für LKWs oder anderen Assistenzsystemen die Zahl der Verkehrstoten und -verletzten langfristig auf null gesenkt werden.

## Für eine moderne und digitale Gesundheitsvorsorge



Wir machen die Nutzung der digitalen Möglichkeiten auch im Gesundheitsbereich möglich. Dabei nutzen wir die Chancen das Leben leichter zu machen und halten uns gleichzeitig an den Datenschutz. Wir haben in dieser Woche ein Gesetz beschlossen, das den Digitalisierungsprozess in der Gesundheitsversorgung ein großes Stück voranbringt. Zukünftig können mehrere Leistungen, wie beispielsweise die Unterstützung von Hebammen, von Psychotherapeuten oder Unterstützungsangebote für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen auch in Form von Online-Beratungen in Anspruch genommen werden. Auch Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen können zukünftig digital beantragt und ausgestellt werden. Dadurch erleichtern wir allen Krankenversicherten den Zugang zu einer passgenauen Gesundheitsversorgung.

## Für eine soziale Wohnungspolitik



Wohnen darf kein Luxus sein. Wohnraum muss für alle verfügbar und vor allem bezahlbar sein. Nach langwierigen Verhandlungen haben wir in dieser Woche endlich die Reform des Baugesetzbuches beschlossen. Wir ermöglichen damit Kommunen Bodenspekulationen ein Ende zu setzen, indem sie zukünftig Baulandbesitzerinnen und -besitzer dazu verpflichten können, Wohnungen auf Grundstücken zu bauen. Eigentum muss auch dem Allgemeinwohl dienen. Wohnungen in Mehrfamilienhäusern können in Zukunft nur noch erschwert in teure Eigentumswohnungen umgewandelt werden, damit Mieterinnen und Mieter in Zukunft nicht mehr aus ihren Wohnungen getrieben werden. Städte und Gemeinden haben in Zukunft zudem mehr Zeit und Möglichkeiten, um zum Verkauf stehende Grundstücke über ein Vorkaufsrecht zu erwerben. So kann die öffentliche Hand einfacher bezahlbaren Wohnraum schaffen.